

Kirchliches Amtsblatt

der Evangelischen Kirche von Westfalen

Nr. 9

Bielefeld, den 18. Juli

1966

Inhalt:

	Seite	Seite
Änderung der Dienst- und Versorgungsbezüge der Pfarrer, Pastorinnen, Prediger, Hilfsprediger und Kirchenbeamten sowie der Vergütung der kirchlichen Angestellten	73	
Viertes Gesetz über die Erhöhung der Dienst- und Versorgungsbezüge (Viertes Besoldungserhöhungsgesetz) — Vom 24. 5. 1966		75
Neufassung der Verordnung über die Laufbahnen der Beamten im Lande Nordrhein-Westfalen (Laufbahnenverordnung — LVO)		80
Bewährungsaufstieg und Vergütungserhöhungen für Angestellte		80

Änderung der Dienst- und Versorgungsbezüge der Pfarrer, Pastorinnen, Prediger, Hilfsprediger und Kirchenbeamten sowie der Vergütung der kirchlichen Angestellten

Wie wir bereits durch unsere Rundverfügung Nr. 22 vom 29. März 1966 — Az. 8082/B 9—01 bekanntgegeben haben, hat die Kirchenleitung am 13. Januar 1966 beschlossen, die Besoldung und Versorgung der Pfarrer, Pastorinnen und Hilfsprediger den Sätzen des Vierten Gesetzes über die Erhöhung der Dienst- und Versorgungsbezüge (Viertes Besoldungserhöhungsgesetz) vom 24. Mai 1966 (GV. NW. S. 298) anzupassen.

Die von Januar 1966 bis September 1966 aufgrund von § 1 dieses Gesetzes erfolgte Anhebung der Grundgehälter, der unwiderruflichen Stellenzulagen und der Ortszuschläge ist inzwischen durchgeführt worden.

Bei den Predigern sind die ab 1. Januar 1966 geltenden neuen Grundgehaltssätze bereits bei der Neuordnung der Predigerbesoldung aufgrund des Beschlusses der Kirchenleitung vom 13. Januar 1966 berücksichtigt worden.

Für die Kirchenbeamten haben sich die Dienst- und Versorgungsbezüge aufgrund von § 1 Abs. 1 der Kirchenbeamten-Besoldungsordnung vom 17. Juli/19. September 1963 (KABl. S. 145) ebenfalls entsprechend erhöht.

Auf unsere Rundverfügung Nr. 22 vom 29. März 1966 — Az. 8082/B 9—01 und unsere Amtsblattveröffentlichung vom 31. Januar 1966 — Az. 2635/B 12—15 (KABl. S. 11) nehmen wir Bezug.

Nach § 2 des Vierten Besoldungserhöhungsgesetzes vom 24. Mai 1966, das wir nachstehend bekanntgeben, tritt mit Wirkung vom 1. Oktober 1966 eine weitere Erhöhung der Grundgehälter und der unwiderruflichen Stellenzulagen um 4% sowie eine entsprechende Änderung der Ortszuschläge ein. Die neuen Sätze bitten wir den Anlagen 3 und 4 zu entnehmen.

Für die Prediger erhöhen sich die Grundgehaltssätze nach § 2 Abs. 1 der Predigerbesoldungsordnung in der Fassung vom 13. Januar 1966 (KABl. S. 11) aufgrund des Beschlusses der Kirchenleitung vom 22. Juni 1966 vom 1. Oktober 1966 an auf monatlich

979 — 1.018 — 1.057 — 1.096 — 1.135 — 1.174 — 1.380 — 1.431 — 1.482 — 1.533 — 1.584 DM.

Die Bezüge der Pfarrer, Pastorinnen, Prediger, Hilfsprediger, der landeskirchlichen Mitarbeiter und der Versorgungsempfänger werden von uns neu berechnet. Eine entsprechende Mitteilung ergeht rechtzeitig. Die zentralen Pfarrbesoldungszuschüsse für 1966 werden wir so bemessen, daß die zuzuschußbedürftigen Kirchengemeinden die erhöhten Zahlungen leisten können.

Wegen der Neuberechnung der Bezüge der übrigen kirchlichen Mitarbeiter, die von der Besoldungserhöhung am 1. Oktober 1966 betroffen werden, bitten wir die zuständigen Stellen, das Erforderliche zu veranlassen. Dabei weisen wir noch auf folgendes hin:

Die Bezüge derjenigen Kirchenbeamten, deren Berechnung keine Grundgehälter nach der Besoldungsordnung zugrunde liegen, (d. h. die Pauschalbezüge) werden mit Wirkung vom 1. Januar 1966 an um 4 v. H. der am 31. Dezember 1965 zustehenden Bezüge und mit Wirkung vom 1. Oktober 1966 an um 4 v. H. der am 30. September 1966 zustehenden Bezüge erhöht.

Die Ortszuschläge der Angestellten, die sich gemäß § 30 BAT nach den entsprechenden Bestimmungen für die Beamten richten, ändern sich auf Grund der §§ 1 bis 3 des Vierten Besoldungserhöhungsgesetzes.

Die Gesamtvergütung für Angestellte unter 18 Jahren richtet sich mit Wirkung vom 1. Januar 1966 nach der Anlage I. Die ab 1. Januar 1966 geltenden Sätze für die nebenberuflichen Küster ergeben sich aus der Anlage II. Die vom 1. Oktober 1966 an in Kraft tretenden Vergütungserhöhungen für die beiden zuletzt genannten Mitarbeitergruppen werden wir zu einem späteren Zeitpunkt bekanntgeben.

Bielefeld, den 28. Juni 1966.

Die Leitung
der Evangelischen Kirche von Westfalen

(L.S.) In Vertretung: Dr. Wolf
Az.: 16229/B 9—01

Anlage I

Gesamtvergütung
für Angestellte unter 18 Jahren
(zu § 30 BAT)
Gültig ab 1. Januar 1966

Alter	Orts- klasse	Gesamtvergütung in den Vergütungsgruppen				
		VI monatl. DM	VII monatl. DM	VIII monatl. DM	IX monatl. DM	X monatl. DM
Vor Vollendung des 15. Lebensjahres	S	356,—	320,50	297,—	275,50	257,—
	A	344,50	309,—	285,50	264,—	245,50
Nach Vollendung des 15. Lebensjahres	S	391,50	352,50	326,50	303,—	282,50
	A	379,—	340,—	314,—	290,50	270,—
Nach Vollendung des 16. Lebensjahres	S	434,50	391,—	362,50	336,—	313,50
	A	420,50	377,—	348,50	322,—	299,50
Nach Vollendung des 17. Lebensjahres	S	498,50	448,50	416,—	385,50	360,—
	A	482,50	432,50	399,50	369,50	343,50

Anlage II

Vergütung der nebenberuflichen Küster

nach der Ordnung für die Anstellung und Vergütung der haupt- und nebenberuflichen Küster und Hausverwalter in der Evangelischen Kirche von Westfalen vom 17. 10. 1962 — KABL. S. 129 — gültig ab 1. 1. 1966.

Gruppe		Monatsvergütungen in DM			
		Anfangs- vergütung	nach 4 Jahren	nach 8 Jahren	nach 12 Jahren
		Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3	Stufe 4
1	Grundvergütung	72	79	89	96
	Ortszuschlag	<u>35</u>	<u>35</u>	<u>35</u>	<u>35</u>
	Std.	107	114	124	131
10 — 14	Grundvergütung	108	119	134	143
	Ortszuschlag	<u>52</u>	<u>52</u>	<u>52</u>	<u>52</u>
	Std.	160	171	186	195
20 — 24	Grundvergütung	144	159	178	191
	Ortszuschlag	<u>69</u>	<u>69</u>	<u>69</u>	<u>69</u>
	Std.	213	228	247	260
25 — 28	Grundvergütung	180	198	223	239
	Ortszuschlag	<u>86</u>	<u>86</u>	<u>86</u>	<u>86</u>
	Std.	266	284	309	325

Anmerkung: Zugrunde liegen die Sätze des Tarifvertrages vom 24. 11. 1964 und die um 4 v. H. erhöhten Sätze des Ortszuschlages.

Viertes Gesetz über die Erhöhung der Dienst- und Versorgungsbezüge (Viertes Besoldungserhöhungsgesetz)

Vom 24. Mai 1966

Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen, das hiermit verkündet wird:

§ 1

Erhöhung der Dienst- und Versorgungsbezüge
für die Monate Januar bis September 1966

(1) Die Sätze des Grundgehaltes in der Anlage 1 des Besoldungsgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesbesoldungsgesetz) in der Fassung vom 19. August 1965 (GV. NW. S. 258) sowie der unwiderruflichen Stellenzulagen werden durch die Sätze in der Anlage 1 dieses Gesetzes ersetzt. Die Sondergrundgehälter und ruhegehaltfähigen Zuschüsse zum Grundgehalt der Hochschullehrer werden um 4 vom Hundert erhöht.

(2) Die Ortszuschlagstabelle (Anlage 2 des Landesbesoldungsgesetzes) wird durch die Tabelle in der Anlage 2 dieses Gesetzes ersetzt.

(3) Die Bezüge der Versorgungsempfänger werden wie folgt erhöht:

1. Liegen der Berechnung der Versorgungsbezüge Grundgehälter nach einer Besoldungsordnung des Landesbesoldungsgesetzes zugrunde, so treten an die Stelle der bisherigen Grundgehälter und unwiderruflichen Stellenzulagen die Sätze der Anlage 1 dieses Gesetzes. Absatz 1 Satz 2 gilt entsprechend.
2. Ausgleichszulagen und Zulagen nach § 27 b Abs. 4 und 5 des Landesbesoldungsgesetzes werden um 4 vom Hundert erhöht, jedoch dürfen das Grundgehalt und die Ausgleichszulage nach § 27 b Abs. 4 des Landesbesoldungsgesetzes zusammen das Endgrundgehalt der Besoldungsgruppe nicht übersteigen.
3. Das für die Festsetzung der Versorgungsbezüge der Altversorgungsempfänger maßgebende Grundgehalt (§ 27 a Abs. 1 des Landesbesoldungsgesetzes) wird um 4 vom Hundert erhöht.
4. Die Bezüge nach § 27 c des Landesbesoldungsgesetzes werden um 4 vom Hundert erhöht.
5. An die Stelle der bisherigen Sätze des Ortszuschlages treten die Sätze der Anlage 2 dieses Gesetzes.

§ 2

Erhöhung der Dienst- und Versorgungsbezüge
ab 1. Oktober 1966

(1) Die nach § 1 Abs. 1 maßgebenden Sätze des Grundgehaltes und der unwiderruflichen Stellenzulagen werden durch die Sätze in der Anlage 3 dieses Gesetzes ersetzt. Die nach § 1 Abs. 1 maßgebenden Sondergrundgehälter und ruhegehalt-

fähigen Zuschüsse zum Grundgehalt der Hochschullehrer werden um 4 vom Hundert erhöht.

(2) Die nach § 1 Abs. 2 maßgebende Ortszuschlagstabelle wird durch die Tabelle in der Anlage 4 dieses Gesetzes ersetzt.

(3) Die Bezüge der Versorgungsempfänger werden wie folgt erhöht:

1. Liegen der Berechnung der Versorgungsbezüge Grundgehälter nach einer Besoldungsordnung des Landesbesoldungsgesetzes zugrunde, so treten an die Stelle der Grundgehälter und unwiderruflichen Stellenzulagen der Anlage 1 dieses Gesetzes die Sätze der Anlage 3 dieses Gesetzes. Absatz 1 Satz 2 gilt entsprechend.
2. Ausgleichszulagen und Zulagen nach § 27 b Abs. 4 und 5 des Landesbesoldungsgesetzes werden um weitere 4 vom Hundert erhöht, jedoch dürfen das Grundgehalt und die Ausgleichszulage nach § 27 b Abs. 4 des Landesbesoldungsgesetzes zusammen das Endgrundgehalt der Besoldungsgruppe nicht übersteigen.
3. Das für die Festsetzung der Versorgungsbezüge der Altversorgungsempfänger maßgebende Grundgehalt (§ 27 a Abs. 1 des Landesbesoldungsgesetzes, § 1 Abs. 3 Nr. 3 dieses Gesetzes) wird um weitere 4 vom Hundert erhöht.
4. Die Bezüge nach § 27 c des Landesbesoldungsgesetzes werden um weitere 4 vom Hundert erhöht.
5. An die Stelle der Sätze des Ortszuschlages der Anlage 2 dieses Gesetzes treten die Sätze der Anlage 4 dieses Gesetzes.

§ 3

(1) Für die Monate Juli 1965 bis Dezember 1965 werden die Sätze des Ortszuschlages in der Anlage 2 des Landesbesoldungsgesetzes in der Tarifklasse I, Ortsklasse S ab Stufe 2 um jeweils zehn Deutsche Mark und in der Ortsklasse A ab Stufe 2 um jeweils acht Deutsche Mark erhöht.

(2) Versorgungsbezüge, denen ein Ortszuschlag nach Tarifklasse I ab Stufe 2 zugrunde liegt, werden für die Monate Juli 1965 bis Dezember 1965 unter Berücksichtigung des Absatzes 1 neu festgesetzt.

§ 4

Es treten in Kraft:

- § 1 mit Wirkung vom 1. Januar 1966,
- § 2 am 1. Oktober 1966,
- § 3 mit Wirkung vom 1. Juli 1965.

Übersicht über die Grundgehälter und unwiderruflichen Stellenzulagen

für die Monate Januar bis September 1966

I Grundgehälter

a) Besoldungsordnung A (aufsteigende Gehälter)

BesGr.	Dienstaltersstufe																Dienst- alters- zulage
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13				
A 1	364,00	377,52	391,04	404,56	418,08	431,60	445,12	458,64	472,16	485,68	499,20	—	—	—	—	13,52	
A 2	383,76	398,32	412,88	427,44	442,00	456,56	471,12	485,68	500,24	514,80	529,36	543,92	—	—	—	14,56	
A 3	412,88	427,44	442,00	456,56	471,12	485,68	500,24	514,80	529,36	543,92	558,48	573,04	—	—	—	14,56	
A 4	443,04	457,60	472,16	486,72	501,28	515,84	530,40	544,96	559,52	574,08	588,64	603,20	—	—	—	14,56	
A 5*)	461,76	477,36	492,96	508,56	524,16	539,76	555,36	570,96	586,56	602,16	617,76	633,36	648,96	—	—	15,60	
A 6	488,80	508,56	528,32	548,08	567,84	587,60	607,36	627,12	646,88	666,64	686,40	706,16	725,92	—	—	19,76	
A 7	538,48	581,36	604,24	627,12	650,00	672,88	695,76	718,64	741,52	764,40	787,28	810,16	833,04	—	—	22,88	
A 8	586,56	613,60	640,64	667,68	694,72	721,76	748,80	775,84	802,88	829,92	856,96	884,00	911,04	—	—	27,04	
A 9	661,44	689,52	717,60	745,68	773,76	801,84	829,92	858,00	886,08	914,16	942,24	970,32	998,40	—	—	28,08	
A 10	756,08	797,68	839,28	880,88	922,48	964,08	1005,68	1047,28	1088,88	1130,48	1172,08	1213,68	1255,28	—	—	41,60	
A 11	880,88	923,52	966,16	1008,80	1051,44	1094,08	1136,72	1179,36	1222,00	1264,64	1307,28	1349,92	1392,56	—	—	42,64	
A 12	970,32	1017,12	1063,92	1110,72	1157,52	1204,32	1251,12	1297,92	1344,72	1391,52	1438,32	1485,12	1531,92	—	—	46,80	
A 12a	1028,56	1075,36	1122,16	1168,96	1215,76	1262,56	1309,36	1356,16	1402,96	1449,76	1496,56	1543,36	1590,16	—	—	46,80	
A 13	1084,72	1131,52	1178,32	1225,12	1271,92	1318,72	1365,52	1412,32	1459,12	1505,92	1552,72	1599,52	1646,32	—	—	46,80	
A 13a	1119,04	1174,16	1229,28	1284,40	1339,52	1394,64	1449,76	1504,88	1560,00	1615,12	1670,24	1725,36	1780,48	—	—	55,12	
A 14	1166,88	1228,24	1289,60	1350,96	1412,32	1473,68	1535,04	1596,40	1657,76	1719,12	1780,48	1841,84	1903,20	—	—	61,36	
A 15**)	1341,60	1407,12	1472,64	1538,16	1603,68	1669,20	1734,72	1800,24	1865,76	1931,28	1996,80	2062,32	2127,84	—	—	65,52	
A 16	1528,80	1607,84	1686,88	1765,92	1844,96	1924,00	2003,04	2082,08	2161,12	2240,16	2319,20	2398,24	2477,28	—	—	79,04	

*) Der in der Fußnote 2 zur Besoldungsgruppe A 5 aufgeführte Grundgehaltssatz beträgt 442 DM.

**) Der in der Fußnote 5 zur Besoldungsgruppe A 15 genannte Betrag von 300 DM wird ersetzt durch 312 DM.

II Unwiderrufliche Stellenzulagen

Sätze nach Anlage 1 LBesG 65	Sätze nach Anlage 3 LBesG 60															
	15	27	34	40	45	47	54	60	74	80	106	Neue Sätze				
	15,60	28,08	35,36	41,60	46,80	48,88	56,16	62,40	76,96	83,20	110,24	20,08	25	28,08	35,36	

Ortszuschlag

für die Monate Januar bis September 1966

— Monatsbeträge in DM —

Tarif- klasse	Zu der Tarifklasse gehörende Besoldungsgruppen	Orts- klasse	Zahl der kinderschlagsberechtigenden Kinder						
			Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3	Stufe 4	Stufe 5	Stufe 6	Stufe 7
I	A 1 bis A 8	S	141	197	224	258	292	326	360
		A	118	166	192	224	256	288	320
II	A 9 bis A 12 a	S	173	229	256	290	324	358	392
		A	146	194	220	252	284	316	348
III	A 13 bis A 16 B 1 und B 2 H 1 bis H 4	S	214	279	306	340	374	408	442
		A	180	237	263	295	327	359	391
IV	B 3 bis B 11 H 5	S	277	343	370	404	438	472	506
		A	235	295	321	353	385	417	449

Bei mehr als fünf kinderschlagsberechtigenden Kindern erhöht sich der Ortszuschlag für jedes weitere zu berücksichtigende Kind

in Ortsklasse S um je 44 DM,

in Ortsklasse A um je 42 DM.

Übersicht über die Grundgehälter und unwiderruflichen Stellenzulagen

für die Zeit ab 1. Oktober 1966

I Grundgehälter

a) Besoldungsordnung A (aufsteigende Gehälter)

BesGr.	Dienstaltersstufe																Dienst- alters- zulage
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13				
A 1	379	393	407	421	435	449	463	477	491	505	519	—	—	—	—	14	
A 2	400	415	430	445	460	475	490	505	520	535	550	565	—	—	—	15	
A 3	431	446	461	476	491	506	521	536	551	566	581	596	—	—	—	15	
A 4	462	477	492	507	522	537	552	567	582	597	612	627	—	—	—	15	
A 5*)	483	499	515	531	547	563	579	595	611	627	643	659	675	—	—	16	
A 6	507	528	549	570	591	612	633	654	675	696	717	738	759	—	—	21	
A 7	579	603	627	651	675	699	723	747	771	795	819	843	867	—	—	24	
A 8	610	638	666	694	722	750	778	806	834	862	890	918	946	—	—	28	
A 9	690	719	748	777	806	835	864	893	922	951	980	1009	1038	—	—	29	
A 10	738	831	874	917	960	1003	1046	1089	1132	1175	1218	1261	1304	—	—	43	
A 11	919	963	1007	1051	1095	1139	1183	1227	1271	1315	1359	1403	1447	—	—	44	
A 12	1007	1056	1105	1154	1203	1252	1301	1350	1399	1448	1497	1546	1595	—	—	49	
A 12a	1067	1116	1165	1214	1263	1312	1361	1410	1459	1508	1557	1606	1655	—	—	49	
A 13	1125	1174	1223	1272	1321	1370	1419	1468	1517	1566	1615	1664	1713	—	—	49	
A 13a	1167	1224	1281	1338	1395	1452	1509	1566	1623	1680	1737	1794	1851	—	—	57	
A 14	1212	1276	1340	1404	1468	1532	1596	1660	1724	1788	1852	1916	1980	—	—	64	
A 15**)	1394	1462	1530	1598	1666	1734	1802	1870	1938	2006	2074	2142	2210	—	—	68	
A 16	1590	1672	1754	1836	1918	2000	2082	2164	2246	2328	2410	2492	2574	—	—	82	

*) Der in der Fußnote 2 zur Besoldungsgruppe A 5 aufgeführte Grundgehaltssatz beträgt 460 DM.

**) Der in der Fußnote 5 zur Besoldungsgruppe A 15 genannte Betrag von 300 DM wird ersetzt durch 325 DM.

II Unwiderrufliche Stellenzulagen

Sätze nach Anlage 1 LBesG 65	15	27	34	40	45	47	54	60	74	80	106	Sätze nach Anlage 3 LBesG 60	20	25
Neue Sätze	17	30	37	44	49	51	59	65	81	87	115	Neue Sätze	30	37

Ortszuschlag

für die Zeit ab 1. Oktober 1966

— Monatsbeträge in DM —

Tarif- klasse	Zu der Tarifklasse gehörende Besoldungsgruppen	Orts- klasse	Zahl der kinderzuschlagsberechtigenden Kinder						
			Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3	Stufe 4	Stufe 5	Stufe 6	Stufe 7
I	A 1 bis A 8	S	147	205	235	272	309	346	383
		A	123	173	202	237	272	307	342
II	A 9 bis A 12 a	S	180	238	268	305	342	379	416
		A	152	202	231	266	301	336	371
III	A 13 bis A 16 B 1 und B 2 H 1 bis H 4	S	223	290	320	357	394	431	468
		A	187	246	275	310	345	380	415
IV	B 3 bis B 11 H 5	S	288	357	387	424	461	498	535
		A	244	307	336	371	406	441	476

Bei mehr als fünf kinderzuschlagsberechtigenden Kindern erhöht
sich der Ortszuschlag für jedes weitere zu berücksichtigende Kind
in Ortsklasse S um je 47 DM,
in Ortsklasse A um je 45 DM.

Neufassung der Verordnung über die Laufbahnen der Beamten im Lande Nordrhein-Westfalen (Laufbahnenverordnung - LVO)

Landeskirchenamt Bielefeld, den 14. 6. 1966

Az.: 14950/66/A 7—10

Die Verordnung über die Laufbahnen der Beamten im Lande Nordrhein-Westfalen (Laufbahnenverordnung — LVO), die für das Dienstverhältnis der Kirchenbeamten im Bereich der Evang. Kirche von Westfalen sinngemäß Anwendung findet, ist durch die Dritte Verordnung zur Änderung der Laufbahnenverordnung vom 8. 3. 1966 (GV. NW. S. 97) geändert worden. Auf Grund des Artikels III der zuletzt genannten Verordnung ist der Wort-

laut der Laufbahnenverordnung in der jetzt geltenden Fassung neu bekannt gemacht worden.

Den Text der Neufassung vom 1. 4. 1966 bitten wir dem Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Nordrhein-Westfalen Ausgabe A Nr. 32 vom 22. April 1966 S. 239 ff. zu entnehmen. Diese Nummer des Gesetz- und Verordnungsblattes kann gegen Voreinsendung von 1,50 DM zuzüglich Versandkosten von 0,30 DM auf das Postscheckkonto Köln 85 16 oder auf das Girokonto 35 415 bei der Rhein. Girozentrale und Provinzialbank Düsseldorf vom August Bagel Verlag, Düsseldorf, bezogen werden.

Bewährungsaufstieg und Vergütungserhöhungen für Angestellte

Landeskirchenamt Bielefeld, den 28. 6. 1966

Az.: 15330/66/B 9—16

Im öffentlichen Dienst ist mit Wirkung vom 1. 1. 1966 der Tarifvertrag über den Bewährungsaufstieg für Angestellte des Bundes und der Länder vom 25. 3. 1966 in Kraft getreten. Die Kirchenleitung hat beschlossen, daß grundsätzlich die Bestimmungen dieses Tarifvertrages über den Bewährungsaufstieg rückwirkend vom 1. 1. 1966 an auch für die Angestellten im kirchlichen Dienst im Bereich der Evangelischen Kirche von Westfalen Anwendung finden sollen.

Die Kirchenleitung hat ferner auch die Übernahme der zwischen den Tarifpartnern des öffent-

lichen Dienstes am 21. 6. 1966 mit Wirkung vom 1. 4. und 1. 10. 1966 vereinbarten Vergütungserhöhungen für Angestellte auf den kirchlichen Dienst grundsätzlich zugestimmt.

Für die Übernahme dieser Neuregelungen und ihre Anwendung im kirchlichen Dienst sind umfangreichere Vorarbeiten notwendig, da u. a. — wie im öffentlichen Dienst — eine Neufassung der Allgemeinen Vergütungsordnung erforderlich ist. Die Kirchenleitung kann daher erst in einer ihrer nächsten Sitzungen abschließend über die Einzelheiten der Neuregelungen entscheiden. Im Anschluß daran werden die neuen Bestimmungen im Kirchlichen Amtsblatt veröffentlicht werden, so daß dann danach verfahren werden kann.